



Zahlen & Fakten: Nordrhein-Westfalen

Die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens wird seit vielen Jahrzehnten besonders vom Strukturwandel belastet. Im laufenden Jahr dürfte die Wirtschaft hier wieder moderat wachsen.



Simon Azarbayjani
Konjunktur Deutschland
T 069/91 32-79 76

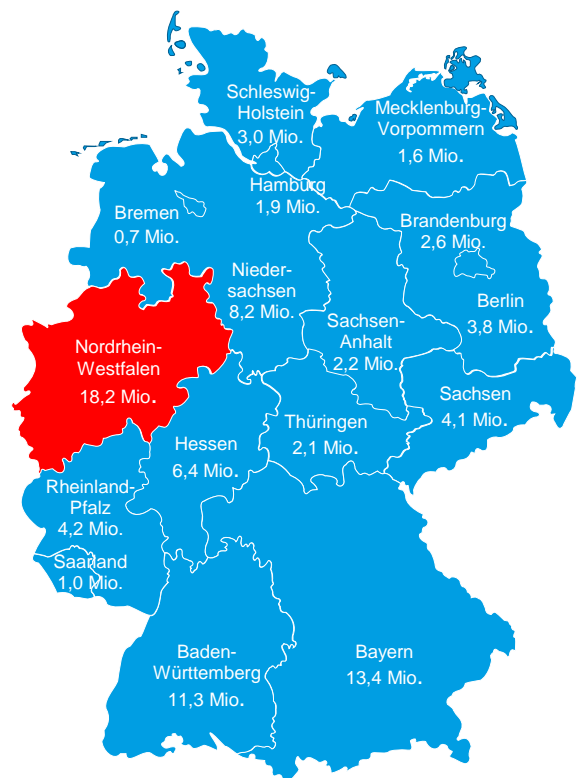
Nordrhein-Westfalen (NRW) ist mit einer Fläche von 34.112 km² das viertgrößte Bundesland und beansprucht damit 9,5 % des Gebiets der Bundesrepublik. Aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte (Platz 1 ohne Berücksichtigung der Stadtstaaten) ist es mit Abstand das **bevölkerungsreichste Bundesland** mit 18,2 Millionen Einwohnern (Stand Ende 2023). Dies entspricht 21,5 % der deutschen Bevölkerung.

In dem urbanen Bundesland liegen 30 der insgesamt 83 deutschen Großstädte mit über 100.000 Einwohnern.

Im Jahr 2023 wurden 20,4 % des deutschen Bruttoinlandsprodukts in NRW erwirtschaftet – dies ist der größte Anteil unter allen deutschen Bundesländern. Das BIP pro Kopf liegt aber 5,2 % unter dem deutschen Durchschnitt. Somit gehört NRW trotz seiner hohen Bevölkerungsdichte zu den wirtschaftlich weniger starken Bundesländern. Auch die **Produktivität** (BIP pro Erwerbstätigen) befand sich 2023 mit 85.800 Euro leicht **unter dem deutschen Durchschnitt** (89.721 Euro). Rund 72 % der Bruttowertschöpfung entfällt auf den Dienstleistungsbereich, gut 27 % entstehen im Produzierenden Gewerbe und unter 1 % im Sektor „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ (Stand 2023).

Bevölkerungsreichstes Bundesland

Einwohnerzahl je Bundesland, 31.12.2023

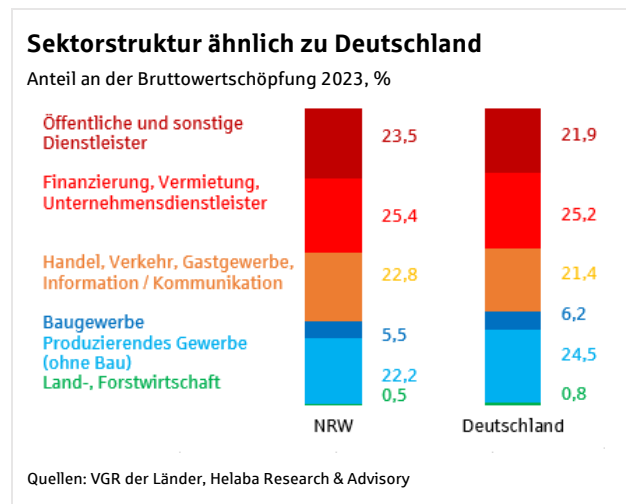
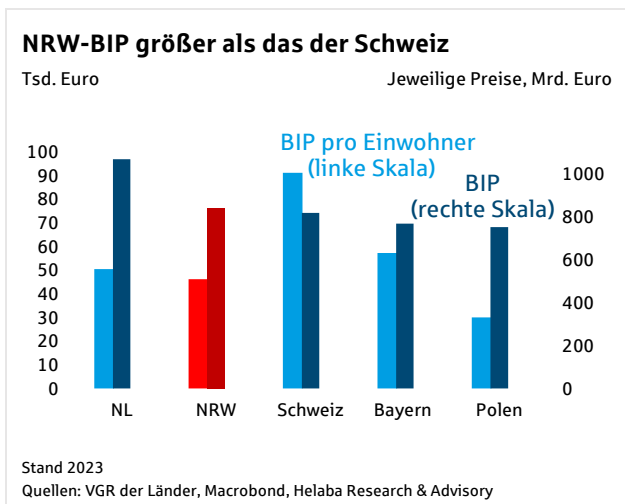


Quellen: Statistisches Bundesamt, Helaba Research & Advisory

Im **europäischen Vergleich** kann sich NRW durchaus sehen lassen. Das 2023 erwirtschaftete BIP des Bundeslandes ist zwischen den Niederlanden und der Schweiz einzuordnen (vgl. Chart S. 2). Wäre Nordrhein-Westfalen ein selbstständiges Land, hätte es somit das sechstgrößte BIP der EU. Pro Einwohner liegt das BIP etwa 22 % über dem EU-Durchschnitt und knapp 13 % über dem Durchschnitt der Eurozone. Damit liegt der Lebensstandard in NRW deutlich über dem einiger EU-Mitgliedstaaten.

Ausgewählte Kennzahlen		Deutschland	Nordrhein-Westfalen
Fläche	km ²	357.600	34.112
Einwohner 2023	Mio.	84,69	18,19
BIP nominal 2023	Mrd. Euro	4.121	839
BIP pro Einwohner 2023	Euro	48.750	46.194
BIP pro Erwerbstätigen 2023	Euro	89.721	85.800
Arbeitslosenquote, JD 2024	%	6,0	7,5

Quellen: VGR der Länder, Bundesagentur für Arbeit, Helaba Research & Advisory



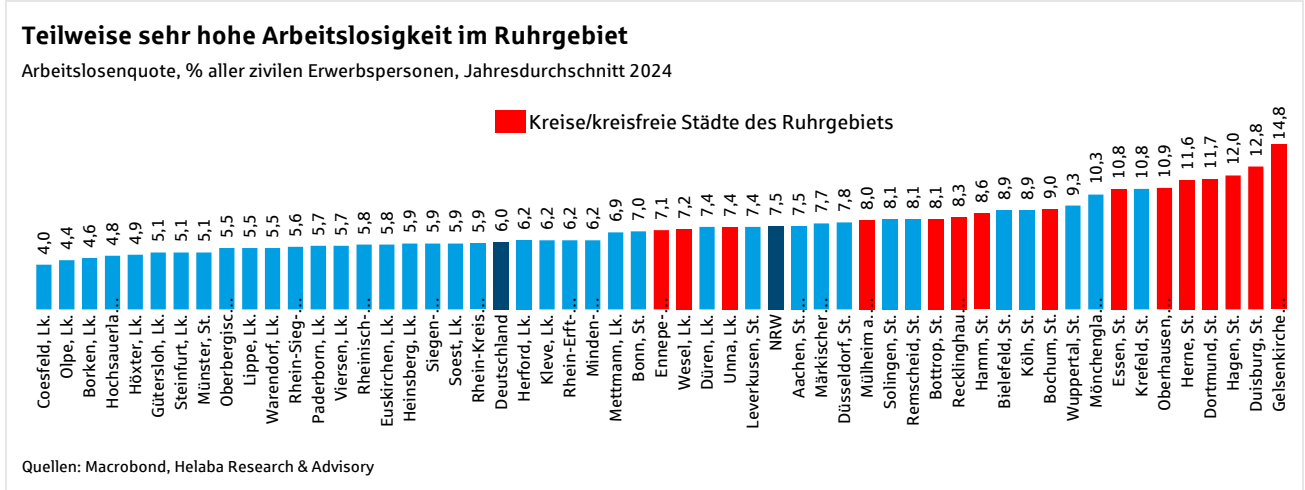
Die sektorale Struktur Nordrhein-Westfalens ähnelt heute der deutschen, doch vor wenigen Jahrzehnten sah dies noch anders aus. Anfang der neunziger Jahre hatte das Produzierende Gewerbe, das Unternehmen des Bergbaus, des Verarbeitenden Gewerbes, des Baugewerbes sowie der Energie- und Wasserversorgung beinhaltet, noch einen Anteil von 38 % (2023: 27 %) an der gesamten Wertschöpfung im Bundesland. Dieser Anteil lag deutlich über dem deutschen Durchschnitt. Somit war das Produzierende Gewerbe – zu dem auch die Montanindustrie des Ruhrgebiets gehörte – der wichtigste Sektor. Heute erbringt das Produzierende Gewerbe in NRW sogar einen geringeren Anteil an der Bruttowertschöpfung als im bundesweiten Durchschnitt. Demnach **zählt NRW zu den am stärksten vom Strukturwandel betroffenen Bundesländern.**

Der Strukturwandel beschreibt wirtschaftliche Veränderungen mit Hinblick auf die sektorale Struktur. Dabei ist historisch zu beobachten, dass Volkswirtschaften zunächst eine geringe Spezialisierung, wenig Handel und vor allem einen hohen Anteil an Land- und Forstwirtschaft aufweisen. Durch **technologischen Fortschritt** nimmt dann die Spezialisierung und damit der Anteil des Produzierenden Gewerbes zu. Schließlich gewinnen durch den zunehmenden internationalen Handel die Dienstleistungen an Bedeutung. Aufgrund der **Globalisierung und des internationalen Wettbewerbs** verschieben sich kostenintensive Produktionsprozesse in weniger entwickelte Länder.

Da das Produzierende Gewerbe in NRW einen überdurchschnittlich hohen Anteil an der Bruttowertschöpfung hatte, war hier die Herausforderung des Strukturwandels besonders hoch. Die ausgeprägte Industrie stärkte zunächst die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens, entwickelte sich seit den 1970er Jahren jedoch zunehmend zu einem Nachteil. Durch die voranschreitende Globalisierung sowie die hohe Inflation Anfang der 70er bis Mitte der 80er Jahre gerieten die Industrieunternehmen unter einen starken Kosten- und vor allem Lohndruck. Internationale Wettbewerber konnten günstiger produzieren, während die Kosten und Löhne hierzulande kräftig stiegen. Heute treiben **neue Faktoren wie der Klimawandel** die Veränderungen in der Wirtschaft. So ist NRW besonders vom **Wandel in der Stromerzeugung** betroffen, denn das Rheinland verfügt über umfangreiche Braunkohlevorkommen. Rund ein Fünftel des deutschen Stroms wird hier erzeugt. Zusätzlich haben die geopolitischen Spannungen seit 2022 zu **höheren Energiekosten** geführt. Darunter leidet die energieintensive Grundstoffindustrie in NRW besonders stark.

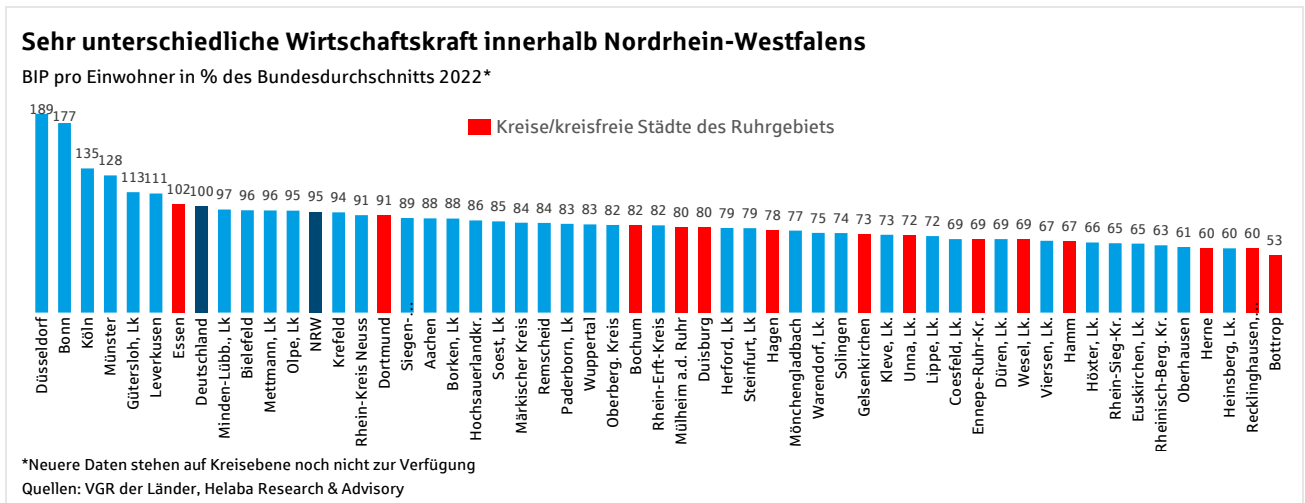
Diese Belastungen schlagen sich auch in der **wirtschaftlichen Stärke** nieder: Während das BIP pro Einwohner in Nordrhein-Westfalen in der Zeit des deutschen Wirtschaftswunders noch das deutsche BIP-pro-Kopf deutlich übertraf (um 6 % im Jahr 1970), liegt es heute unter dem deutschen Durchschnitt.

Dass die aus dem Strukturwandel resultierenden Herausforderungen nicht alle gemeistert wurden, ist zudem an den **hohen Arbeitslosenquoten** im Ruhrgebiet zu erkennen. Diese Region ist mit 4,6 Millionen Einwohnern der größte Ballungsraum Deutschlands und beinhaltet mit Gelsenkirchen auch die Stadt mit der höchsten Arbeitslosenquote unter allen Kreisen und kreisfreien Städten. In NRW sind aber auch Kreise wie Coesfeld oder Olpe zu finden, die eine Arbeitslosenquote haben, die deutlich unter der deutschen Quote liegt. Hier ist nicht die hohe Arbeitslosigkeit das Problem, sondern der zunehmende Fachkräftemangel.

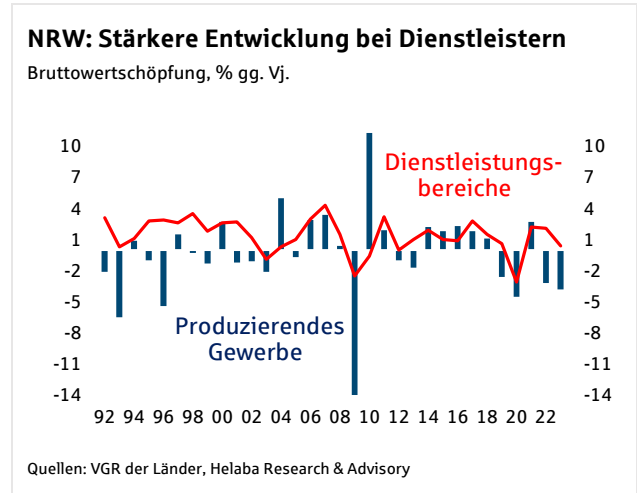
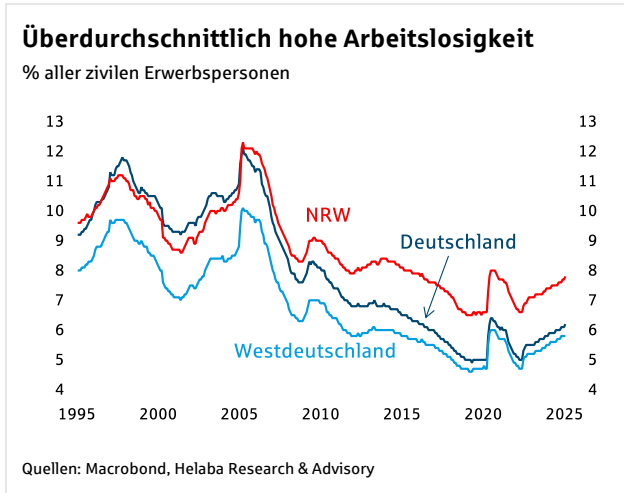


Untypisch für ein westdeutsches Bundesland ist, dass die **Arbeitslosenquote in NRW deutlich über dem deutschen Level** abschneidet (vgl. Chart S. 4). Die Arbeitslosenquote der Kreise und kreisfreien Städte des Ruhrgebiets liegt im Schnitt bei 9,9 %. Die der restlichen Landkreise und Städte Nordrhein-Westfalens fällt mit durchschnittlich 6,5 % zwar besser aus, liegt aber dennoch einen halben Prozentpunkt über dem bundesweiten Durchschnitt.

Im Bundesland sind also interessante regionale Unterschiede bezüglich der wirtschaftlichen Stärke zu beobachten. 57,8 % der Bruttowertschöpfung des Bundeslandes entfallen auf die Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf, die übrigen 42,2 % auf die Regierungsbezirke: Arnsberg, Detmold und Münster. Das BIP pro Einwohner liegt in Städten wie Düsseldorf, Bonn, Köln oder Münster deutlich über dem Bundesdurchschnitt, das der überwiegenden Mehrheit der Kreise und kreisfreien Städte jedoch darunter. Von den 15 Kreisen und kreisfreien Städten des Ruhrgebiets hat lediglich die Stadt Essen ein BIP pro Einwohner, das über dem Bundesdurchschnitt angesiedelt ist.

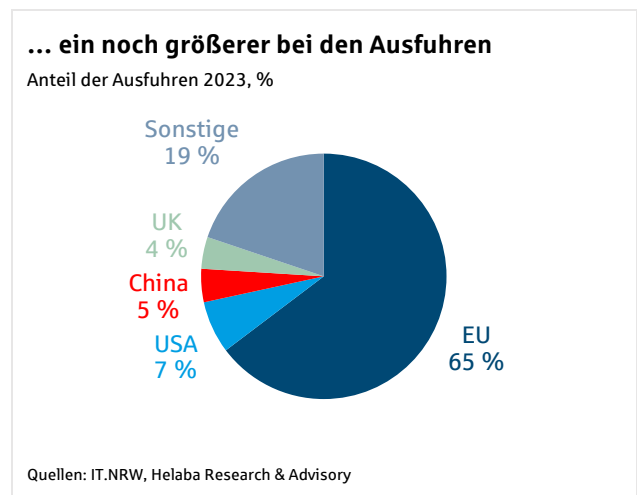
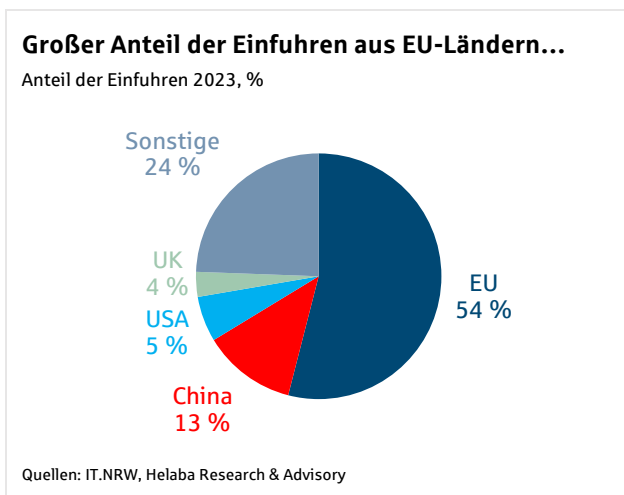


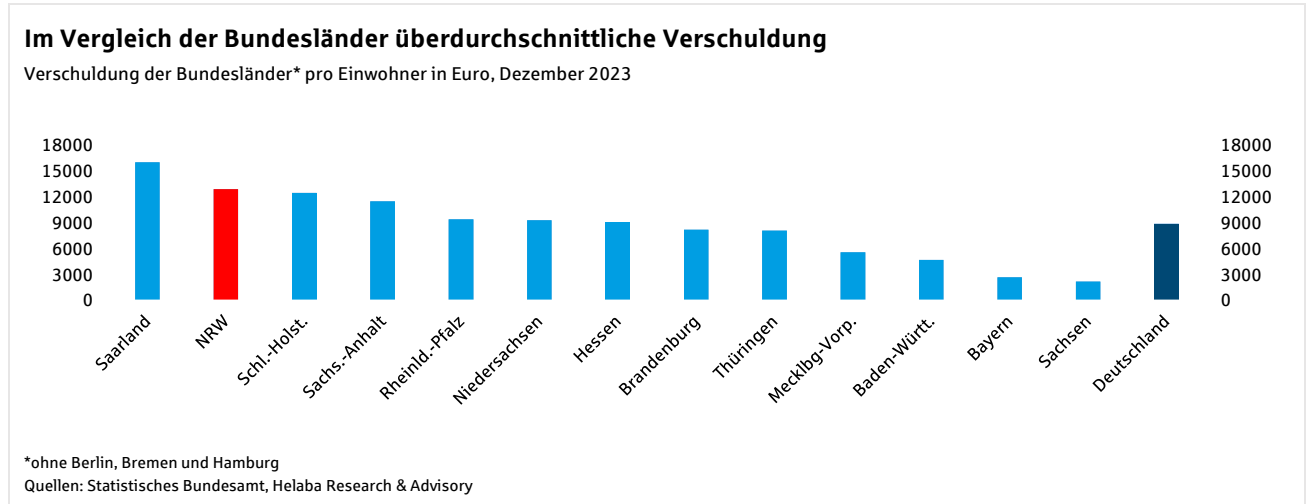
Bei einer Gegenüberstellung der Bruttowertschöpfung fällt auf, dass sich die Dienstleistungen in den meisten Jahren besser entwickelt haben als die Industrie. In über der Hälfte der Jahre seit 1992 war sogar ein Rückgang der Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe zu beobachten. Dass das BIP pro Einwohner in den letzten Jahrzehnten nicht noch stärker schrumpfte, ist also den **Dienstleistungsunternehmen in NRW** zu verdanken. Die drei großen Dienstleistungsbereiche „öffentliche und sonstige Dienstleister“, „Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister“ sowie „Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Information/Kommunikation“ sind inzwischen in NRW sogar etwas stärker vertreten als auf Bundesebene (vgl. Chart rechts auf S. 2).



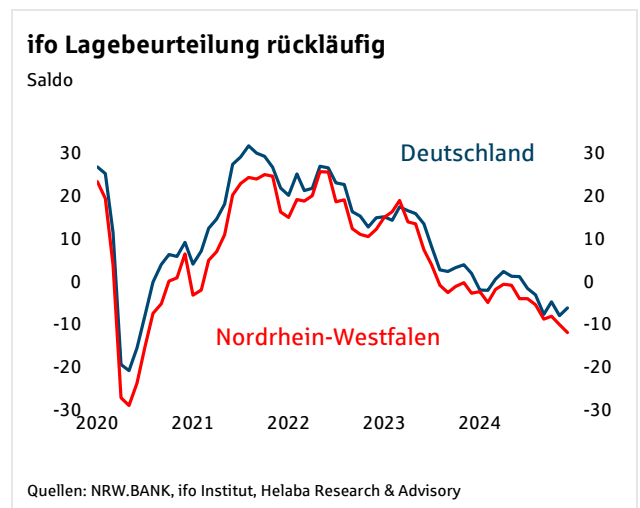
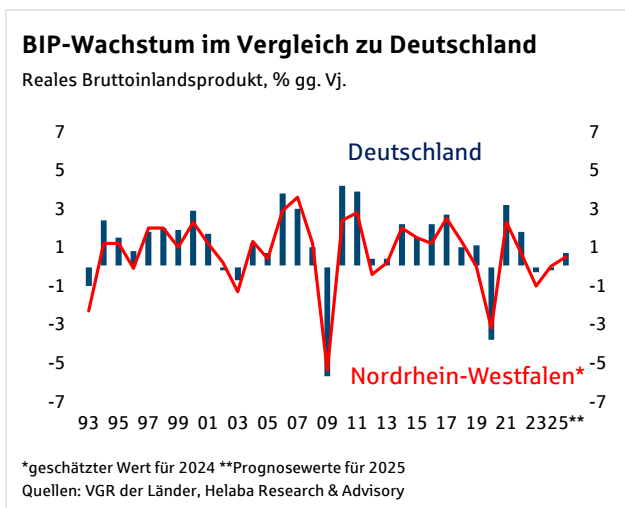
Nachdem der **Außenhandel in NRW** 2022 Rekordzahlen erzielte, gingen 2023 sowohl die Importe als auch die Exporte zurück. Während die Ausfuhren um 3,8 % sanken, nahmen die Importe sogar um 9,2 % ab. Der wichtigste Handelspartner für NRW sind die Niederlande, die sowohl die meisten **Einfuhren** lieferten, als auch Ziel der meisten **Ausfuhren** waren. Generell handeln Unternehmen aus NRW am meisten mit den europäischen Nachbarländern. Über die Hälfte aller Importe stammt aus einem EU-Mitgliedstaat und knapp zwei Drittel aller Exporte werden in die EU geliefert.

Daneben stellen China, die USA und das Vereinigte Königreich die wichtigsten Außenhandelspartner dar. Aus **China** werden deutlich mehr Güter und Dienstleistungen importiert (2023: 35 Mrd. Euro) als dorthin exportiert werden (2023: 10 Mrd. Euro). Allgemein ist hervorzuheben, dass in NRW – im Gegensatz zu Deutschland – deutlich mehr importiert als exportiert wird. So betragen die Einfuhren 2023 rund 286 Mrd. Euro, die Ausfuhren hingegen lediglich 228 Mrd. Euro.





NRW zählt zu den Bundesländern mit einer recht hohen Verschuldung. Pro Einwohner berechnet lagen hier die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin an der Spitze. Danach folgte das Saarland und **auf Platz 5 Nordrhein-Westfalen mit einer Verschuldung von 12.900 Euro pro Einwohner**. Zum Vergleich: Der bundesweite Durchschnitt betrug 8.900 Euro pro Einwohner (vgl. zu öffentlichen Finanzen: S. 6-7).



Die **BIP-Zahlen auf Länderebene** wurden bisher erst für das erste Halbjahr 2024 veröffentlicht. Danach lag das reale BIP in NRW in den ersten sechs Monaten des Jahres 0,1 % über dem Vorjahreszeitraum. Der Vergleichswert für Deutschland fiel mit einem Rückgang um 0,2 % etwas schwächer aus. Nachdem sich die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen im ersten Halbjahr 2024 besser entwickelte als im Bundesdurchschnitt, **stagnierte das NRW-Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich 2024**, während das deutsche BIP leicht schrumpfte. Doch die Stimmung der Unternehmen in NRW war im vergangenen Jahr durchweg schlechter als bundesweit. So beurteilten die vom ifo Institut in Kooperation mit der NRW.BANK befragten Unternehmen im Bundesland ihre Lage negativer als in Deutschland (vgl. Chart rechts).

Für das laufende Jahr erwarten wir sowohl für Deutschland als auch für NRW aufgrund der strukturellen Probleme nur ein moderates Wirtschaftswachstum. Der Wachstumsimpuls wird vor allem auf die Verbraucher zurückzuführen sein, die dank höherer real verfügbarer Einkommen 2025 wieder mehr konsumieren, nachdem sie sich 2024 noch zurückgehalten hatten. Zudem dürfte die Auslandsnachfrage etwas zunehmen, da wir mit einem Aufschwung des globalen Industriezyklus rechnen. Da in NRW nicht so exportstark ist wie der Bundesdurchschnitt, dürfte das Bundesland davon unterproportional profitieren. Deshalb gehen wir davon aus, dass die Wirtschaft in **Nordrhein-Westfalen 2025 mit 0,5 % etwas weniger wachsen** wird als in Deutschland (+0,7 %).



Öffentliche Finanzen in NRW vor Bewährungsprobe

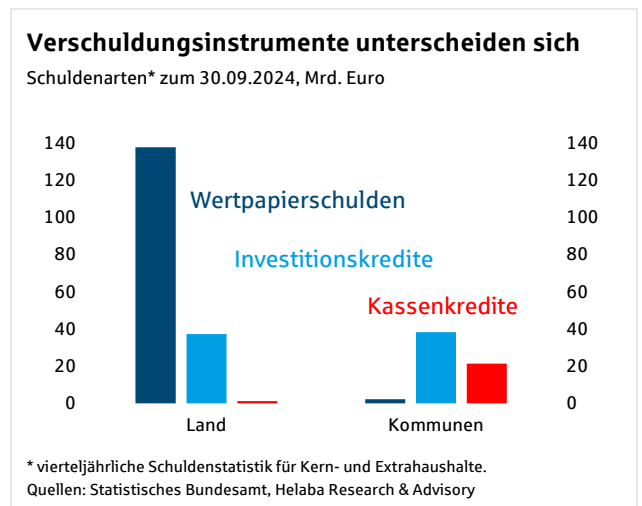
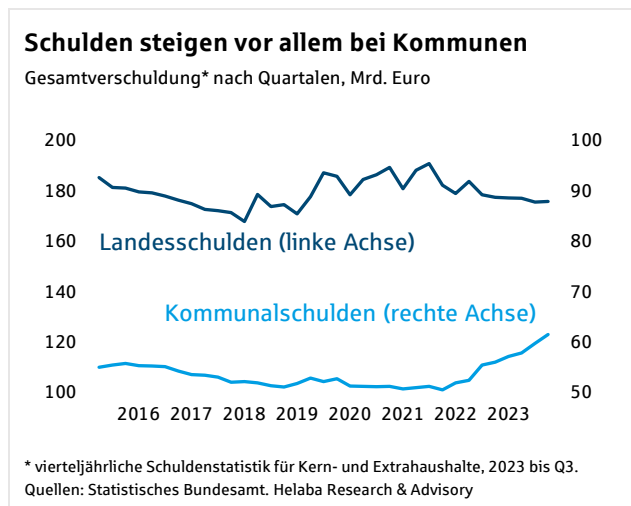
Die anhaltende konjunkturelle Schwäche Deutschlands zeigt sich zunehmend auch in den öffentlichen Finanzen. Für Nordrhein-Westfalen ergeben sich daraus Risiken sowohl für den Landeshaushalt 2025 als auch für die Finanzlage der Städte, Gemeinden und Kreise.



Dr. Stephan Brand
Nachhaltigkeit &
Öffentliche Finanzen
T 069/91 32-46 59

Die Landesregierung steht vor der anspruchsvollen Aufgabe, in unsicheren Zeiten einen stabilen Haushalt aufzustellen. Der **Haushaltsplan** sieht für das laufende Jahr Einnahmen und Ausgaben von 105,5 Mrd. Euro vor. Das sind 2,9 Mrd. Euro mehr als im Vorjahr. Jedoch liegt diesen Zahlen noch die Herbst-Schätzung der Steuereinnahmen zugrunde, die bereits Mindereinnahmen von 1,3 Mrd. Euro für 2025 im Vergleich zur vorherigen Schätzung erwarten lässt. Schon im letzten Jahr hatten sich die Erwartungen über die Steuereinnahmen nicht erfüllt und das Land sah sich gezwungen, mit einem Nachtragshaushalt auf fehlende Einnahmen zu reagieren. Ob die aktuelle Steuerschätzung hält, was sie verspricht, ist fraglich. Angesichts der verhaltenden Wachstumsaussichten dürfte der **Konsolidierungsbedarf** im Haushalt die Politik auch in diesem Jahr beschäftigen. So lässt der Landesrechnungshof Zweifel erkennen, ob der Haushaltsausgleich tatsächlich erreicht werden kann und fordert größere Einsparbemühungen.

Der einfache Weg über die Verschuldung ist den Bundesländern durch die Vorgaben der Schuldenbremse (mit Ausnahme der Notlagenkredite) grundsätzlich verwehrt. Es gibt einen geringen Spielraum für eine Kreditaufnahme in konjunkturellen Schwächephasen. Aus der Berechnung der Konjunkturkomponente leitet das Land für sich eine **Kreditermächtigung** in Höhe von 1,3 Mrd. Euro ab. Doch noch immer zählt NRW zu den am höchsten verschuldeten Bundesländern. Zum Ende des 3. Quartals 2024 lag die **Gesamtverschuldung** des Landes inklusive Kommunen bei 237,3 Mrd. Euro, das entspricht 13.075 Euro je Einwohner. Der Durchschnitt aller Länder liegt bei etwas über 9.000 Euro je Einwohner. Der Großteil der Landesschulden liegt mit knapp 60 % in Form von Wertpapierschulden vor. Auf Kreditmarktschulden entfallen nur rund 32 %, auf Kassen- bzw. Liquiditätskredite gut 9 %.



Kreditmarktschulden und Kassenkredite betreffen vor allem die Kommunen, die Ende September 2024 mit insgesamt 61,5 Mrd. Euro verschuldet waren. Die **investiven Kredite** machten davon 38,1 Mrd. Euro; die **Kassenkredite** 21,3 Mrd. Euro aus. Während der Bestand der Kommunalkredite in NRW in den letzten Jahren stabil blieb und die Kassenkredite sogar sanken, ist seit 2023 wieder ein Anstieg zu verzeichnen. Am aktuellen Rand haben die Investitionskredite um 9 % und die Kassenkredite sogar um 12 % im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt zugelegt.

Denn einerseits investieren die nordrhein-westfälischen Städte, Gemeinden und Kreise wieder mehr in die öffentliche **Infrastruktur**. Die Sachinvestitionen nahmen von 2022 auf 2023 um 1,2 Mrd. Euro auf nun 8,8 Mrd. Euro zu. Andererseits reißt die angespannte konjunkturelle Lage zunehmend Lücken in die kommunalen Haushalte. Während das Steuerwachstum geringer ausfällt, steigen die Ausgaben, insbesondere für die soziale Sicherung. Im Endeffekt nahmen die Einnahmen 2023 um 9,6 % auf 92,8 Mrd. Euro zu, während die Ausgaben um 11,4 % auf

94,6 Mrd. Euro wuchsen. Unterm Strich stand ein **Defizit** von 1,8 Mrd. Euro. Für 2024 liegen noch keine vollständigen Daten vor; aktuelle Meldungen der Kommunen lassen aber keine Verbesserung erwarten. In der Haushaltsumfrage der kommunalen Spitzenverbände gehen nur noch 18 von 350 teilnehmenden Kommunen davon aus, ihren Haushalt strukturell ausgleichen zu können. Absehbar ist daher, dass die Kommunen bei den freiwilligen Leistungen und den Investitionen demnächst den **Rotstift** ansetzen werden.

Die Aussichten für die nächste Zeit erscheinen vor diesem Hintergrund düster, obwohl sich in NRW strukturstarke wie -schwache Regionen gleichermaßen finden. Durch die aktuelle **Wirtschaftsschwäche** werden aber nahezu alle Kommunen in Mitleidenschaft gezogen. Hinzu kommen erhebliche Investitionsbedarfe und gleichzeitig ein hoher Investitionsstau. Auch die Folgewirkungen der Corona-Krise und des Ukraine-Kriegs werden die Kommunen weiter beschäftigen. Zwar wurden diese **Mehrbelastungen** in Höhe von ca. 6,5 Mrd. Euro dank einer Änderung des Haushaltsrechts bilanziell isoliert, sodass ein formeller Haushaltsausgleich in vielen Kommunen noch möglich war, Mehreinnahmen waren damit aber nicht verbunden. Die sukzessive Auflösung dieser Bilanzposten wird die laufenden Haushalte der Kommunen noch für viele Jahre belasten.

Eine Entlastung könnte eine **Lösung des kommunalen Altschuldenproblems** bringen. Gerade die hohen Kassenkreditbestände gelten als Krisenindikator. Hier stehen die NRW-Kommunen mittlerweile bundesweit an der Spitze, nachdem es in anderen Ländern mit hohen Kassenkrediten wie Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland **Entschuldungsprogramme** gegeben hat. Von den bundesweit 32,2 Mrd. Euro Kassenkrediten entfallen mittlerweile 66 % auf die Kommunen in NRW. Zwischenzeitlich hat das Land Vorschläge zur Konsolidierung gemacht, die aber eine Bundesbeteiligung vorsehen. Mittlerweile liegt ein Referentenentwurf des Bundesfinanzministeriums vor. Trotzdem bleibt fraglich, ob sich nach der Bundestagswahl Mehrheiten für diese Vorschläge finden lassen und es tatsächlich eine bundesweite Lösung geben wird. Andernfalls wird NRW dieses Problem im Alleingang lösen müssen. So oder so zeigen sich also verschiedene **Risiken**, vor denen sich die Haushalte des Landes und der Kommunen in nächster Zeit werden bewähren müssen.



Hier können Sie sich für unsere Newsletter anmelden:

<https://news.helaba.de/research/>

Herausgeber und Redaktion

Helaba Research & Advisory

Redaktion:

Dr. Stefan Mitropoulos

Verantwortlich:

Dr. Gertrud R. Traud

Chefvolkswirtin/

Head of Research & Advisory

Neue Mainzer Str. 52-58

60311 Frankfurt am Main

T +49 69 / 91 32 – 20 24

Internet: www.helaba.com

Disclaimer

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.